

PROTOKOLL

über die Sitzung 2/2015 des

Samtgemeinderates

Datum	Sitzungsdauer (von – bis)	Sitzungsort
23.06.2015	19.40 Uhr – 20.20 Uhr	Bothel, Rathaus (Sitzungssaal)
<input checked="" type="checkbox"/> Öffentliche Sitzung	<input checked="" type="checkbox"/> Es folgt eine nicht-öffentliche Sitzung	<input type="checkbox"/> Nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den folgenden Seiten.

gez. Hestermann
Ratsvorsitzender

gez. Eberle
Samtgemeindebürgermeister
Protokollführer
(TOP 8 – 9)

gez. Wolters
Protokollführerin
(TOP 1 – 7)

Anwesenheitsliste

zur 2. Sitzung des Samtgemeinderates am 23.06.2015

Ratsmitglieder:

Ratsvorsitzender Hestermann (CDU)	- Westerwalsede
Samtgemeindebürgermeister Eberle	- Brockel
Ratsherr Acimovic (CDU)	- Bothel
Ratsfrau Brennecke (GRÜNE/WSB)	- Hemslingen
Ratsfrau Bungert (GRÜNE/WSB)	- Bothel
Ratsherr Dodenhoff (CDU)	- Bothel
Ratsherr Gerken (SPD)	- Hemslingen
Ratsfrau Hartje-Specht (CDU)	- Hemsbünde
Ratsherr Henke (SPD)	- Kirchwalsede
Ratsfrau Hoppe (CDU)	- Kirchwalsede
Ratsfrau Dr. Hornhardt (CDU)	- Kirchwalsede
Ratsherr Keitz (SPD)	- Westerwalsede
Ratsfrau Kregel (CDU)	- Hemslingen
Ratsherr Lüdemann (CDU)	- Brockel
Ratsherr Meyer (CDU)	- Hemslingen
Ratsherr Müller (CDU)	- Brockel
Ratsfrau Röhrs (SPD)	- Hemslingen
Ratsherr Röhrs (CDU)	- Westerwalsede
Ratsfrau Schmidt (SPD)	- Bothel

Es fehlen:

Ratsherr Brinker (CDU)	- Hemsbünde
Ratsfrau Frömming (SPD)	- Hemsbünde
Ratsfrau Muschter (GRÜNE/WSB)	- Hemsbünde
Ratsfrau Tümler (GRÜNE/WSB))	- Bothel

Verwaltung:

Samtgemeindeamtsrat Löber	- Samtgemeinde Bothel
Protokollführerin Wolters	- Samtgemeinde Bothel
Gleichstellungsbeauftragte Smeilus	- Samtgemeinde Bothel

Berater:

Herr Diercks	- PGN Rotenburg
--------------	-----------------

Tagesordnung	Drucks.- Nr.:	Seite(n)
1. Eröffnung, Feststellung der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	-	4
2. Feststellung der Tagesordnung und vorliegender Anträge sowie Beschlussfassung über nichtöffentliche Behandlung	-	4
3. Genehmigung des Protokolls 1/2015 vom 24.03.2015	-	4
4. Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters	-	5 – 5
5. 50. Flächennutzungsplanänderung - Brockel a) Beratung der eingegangenen Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Behörden sowie der während der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Anregungen sowie des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung b) Feststellungsbeschluss	24/2015	6 – 7
6. Finanzausgleich zwischen der Samtgemeinde und den Mitgliedsgemeinden 2015	32/2015	7
7. Behandlung von Anfragen und Anregungen	-	7

-Einwohnerfragestunde-

TOP 1 – Eröffnung, Feststellung der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender (RV) Hestermann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt sodann die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit (es fehlen RH Brinker, RF Frömming, RF Muschter sowie RF Tümler) und die Beschlussfähigkeit des Samtgemeinderates fest.

TOP 2 – Feststellung der Tagesordnung und vorliegender Anträge sowie Beschlussfassung über nichtöffentliche Behandlung

Da Anträge nicht vorliegen, stellt RV Hestermann nach einem Hinweis auf den im Anschluss vorgesehenen nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung fest.

TOP 3 – Genehmigung des Protokolls 1/2015 vom 24.03.2015

RF Brennecke beantragt, die auf Seite 6 wiedergegebene Äußerung von RF Tümler „RF Tümler lobt das Schulangebot...“ wie folgt zu ergänzen: „RF Tümler betont, dass sie und ihre Fraktion der Oberschule in der nun geplanten Form zustimmen kann, da ein durchlässiges System geschaffen wird, das den Begabungen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird.“

RV Hestermann fordert in diesem Rahmen dazu auf, derartig umfangreiche Änderungswünsche zukünftig der Verwaltung vorab an die Hand zu geben.

Danach genehmigt der SGR das Protokoll über die Sitzung 1/2015 vom 24.03.2015 in der vorliegenden Form mit der beantragten Ergänzung mit 15 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

TOP 4 – Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters

1. Y-Trasse

Im Rahmen des Dialogforums Schiene Nord in Celle wurden in der letzten Zusammenkunft Kriterien ausgewählt, die für eine Bewertung der verschiedenen möglichen Varianten zum Themenbereich verkehrlicher Nutzen zugrunde gelegt werden sollen.

Beschlossen wurden die Kriterien Realisationszeit, Schrittweise Inbetriebnahme, Trassenpreise, SPNV und SGV in Relation zum SPFV, Bypass-Funktion in Knoten sowie der Regionale Nutzen.

Sämtliche Kriterien sind dazu geeignet, Ausbau-Varianten höher als bisher zu bewerten und die Ergebnisse der Untersuchung des BMV zu relativieren.

2. Antwort von Minister Lies

Nach 3 Monaten hat der SGBM jetzt eine Antwort auf seinen Brief von Wirtschaftsminister Lies erhalten. Er sagt ausdrücklich den Beginn der Untersuchungen rund um die Erdgas-Förderanlagen ab dem 3.Quartal 2015 zu. Priorität haben die Gasfelder Söhlingen und Völkersen.

Für die Verpressung von Lagerstättenwasser geht Minister Lies davon aus, dass künftig nur noch in Horizonte verpresst werden darf, aus denen das Wasser auch stammt. Unter diesen künftigen Maßgaben wäre die Verpressung in Bellen nicht länger zulässig.

Der Vorschlag von SGBM Eberle nach einer Zweigstelle des LBEG in der Region wird als „nicht zielführend“ abgelehnt. Minister Lies argumentiert, dass die Unternehmen für Kontrollen selbst verantwortlich seien und das LBEG auf Grund begrenzter Personalressourcen dazu nicht in der Lage sei.

Das bisher laufende systematische Jahresprogramm des LBEG für die Bereisung sei bewährt.

Ebenso wird die Forderung nach einem Fond für Forschungen zu Risiken und Auswirkungen der Erdgasförderung zurückgewiesen. Wenn Schadensfälle passierten, müssten die Gasförderfirmen für Ausgleich sorgen. Notfalls seien die Haftpflichtversicherungen der Unternehmen einzubeziehen.

Zum Katastrophenschutz sieht der Minister kein Handlungsbedarf, weil die Feuerwehren ja seit jeher diese Aufgabe übernehmen. SGBM Eberle kann sich diese Position des Ministers nur aus der Unkenntnis über diese Thematik erklären, da ja im Hause des LBEG eine gegenläufige Einschätzung vertreten wird.

3. Krebserkrankungen

In einem Telefonat hat Dr. Stümpel, Leiter des Gesundheitsamtes des LK Rotenburg SGBM Eberle erläutert welche Ergebnisse die Untersuchung der Krebsstatistiken der umliegenden Kommunen ergeben haben und wie mit diesem Problem weiter umgegangen werden soll. Statt der statistisch erwarteten ca. 40 Fälle, sind in der Stadt Rotenburg 72 Fälle verzeichnet. Dies bedeutet eine Überhöhung der Werte wie in der SG Bothel.

Dr. Stümpel führte aus, dass nun zunächst die Untersuchungen in der SG Bothel abgeschlossen werden und anschließend auf der Grundlage der Ergebnisse die Forschungen in Rotenburg fortgeführt werden.

4. Oberschule genehmigt, offene Ganztagschule beantragt

Die Genehmigung der Fortführung der Wiedau-Schule als Oberschule ist eingegangen. Die Schule hat inzwischen den Betrieb als offene Ganztagschule beantragt. Die Stelle für die didaktische Leitung wurde bereits durch die Landesschulbehörde besetzt, die eingesetzte Lehrerin hatte diese Position bisher erfolgreich in Lauenbrück bekleidet.

5. Kooperation der Oberschulen Lauenbrück, Visselhövede und Bothel

Die Samtgemeinden Bothel und Fintel und die Stadt Visselhövede haben eine Kooperation zur Entwicklung und Stärkung Ihrer Schulstandorte ins Leben gerufen.

Die drei beteiligten Kommunen haben sehr ähnliche Ausgangssituationen, weil sie jeweils über eine eher kleine Oberschule verfügen und sich dennoch in der Schullandschaft gegenüber den benachbarten Angeboten behaupten wollen. Grundgedanke ist, sich zusammenzutun und gemeinsam Angebote zu schaffen, die jeder für sich allein nicht stemmen könnte.

Erste Ideen befassen sich mit gemeinsamen Sprachangeboten sowie zugehörigen Studienfahrten und Austauschprogrammen, aber auch Zusammenlegungen von kleinen Kursen in den Bereichen Deutsch für Zuwanderer, IT, Technik oder Berufsvorbereitung.

Zunächst sollen einzelne Projekte zwischen den Schulen abgestimmt und im Laufe des kommenden Schuljahres durchgeführt werden. Mit den Erfahrungen aus dieser Testphase wird die Grundlage für die Entscheidung zu einer festen Vereinbarung zur Kooperation für das Schuljahr 2016/2017 geschaffen.

Als nächstes ist die Idee der Schulplanungsgruppe und den Lehrerkollegien zu präsentieren, bevor mit dem Feedback aus diesen Runden in die letztendlich entscheidenden politischen Gremien gegangen werden soll.

6. Erinnerung Fotowettbewerb

SGBM Eberle weist nochmals auf den laufenden Foto-Wettbewerb der SG Bothel hin und bittet die Ratsmitglieder, weiter für eine rege Teilnahme in den Gemeinden zu werben.

TOP 5 – 50. Flächennutzungsplanänderung - Brockel

a) Beratung der eingegangenen Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Behörden sowie der während der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Anregungen sowie des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

**b) Feststellungsbeschluss
(Drucks.-Nr. 24/2015)**

Eingangs berichtet RH Keitz auf Bitte von RV Hestermann aus der vorangegangenen Beratung im Fachausschuss. RH Keitz legt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt dar, dass die Angelegenheit aufgrund der Größe der auszuweisenden Wohnbaulandfläche sehr kontrovers diskutiert wurde. Einigkeit herrschte indes darüber, die Fläche E1, wie vom Landkreis angeregt, bei der nächsten Änderung des Flächennutzungsplanes zu streichen. Letztendlich, so RH Keitz weiter, habe sich der Fachausschuss mit 3 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Beschlussvorschlag der Verwaltung ausgesprochen.

Er beantragt daher, diesem Empfehlungsbeschluss zu folgen.

Nachdem RV Hestermann ausgeführt hat, dass auch der SGA eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen hat, bittet er Herrn Diercks, Planungsgemeinschaft Nord, Rotenburg, um entsprechenden Vortrag.

Dieser Bitte kommt Herr Diercks ausführlich nach. Mittels Powerpoint-Präsentation stellt er zunächst die Lage des Plangebiets vor und legt dar, dass in Brockel neue Flächen für Wohnbebauung ausgewiesen werden sollen, da eine entsprechende Analyse ergeben hat, dass Wohnbauland ansonsten in der Gemeinde nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht. Er betont, dass der Flächennutzungsplan die zukünftige Zielentwicklung darstellt.

Sodann legt Herr Diercks eine Übersicht der beteiligten Träger der öffentlichen Belange vor und berichtet, dass neben dem Landkreis nur die Landwirtschaftskammer und die Gemeinde Bothel Bedenken geäußert haben, zu denen Stellung zu nehmen ist. Danach geht er eingehend auf diese Bedenken und deren Abwägung ein.

Anschließend weist er angesichts der in Rede stehenden Einwände gegen die Größe der Fläche darauf hin, dass der Flächennutzungsplan in seiner derzeit geltenden Fassung auch für andere Mitgliedsgemeinden größeres Flächenpotential zur Wohnbebauung enthält; so sind beispielsweise für die Gemeinde Bothel noch nahezu 20 ha, für die Gemeinde Hemslingen ca. 6 ha und für die Gemeinde Kirchwalsede etwa 2 – 3 ha ausgewiesen. Die Umsetzung und Realisierung dieser, bisher vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen, obliegt in diesen Fällen allein den Mitgliedsgemeinden im Rahmen ihrer Bauleitplanung.

Schließlich betont er nochmals, dass der Flächennutzungsplan als zukünftige Zielentwicklung zu werten ist. Zudem erachtet er die Ausweisung großräumiger Flächen in jedem Falle als sinnvoll, da die Baugrundstücke möglicherweise zügiger als erwartet nachgefragt werden könnten und ansonsten innerhalb weniger Jahre bereits wieder eine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich würde. Abschließend weist Herr Diercks darauf hin, dass die Erschließung in Bauabschnitten, die zudem mit dem Landkreis abzustimmen sind, erfolgen wird.

Danach hebt RF Dr. Hornhardt hervor, dass die Samtgemeinde und ihre Mitgliedsgemeinden als eine kommunale Familie zu betrachten sind, in deren Rahmen das Solidaritätsprinzip und ein kommunalfreundliches Verhalten Geltung haben sollten. Auch nach ihrem Dafürhalten ist eine sukzessive Erschließung, beginnend im südlichen Teil des Gebietes, sinnvoll, da somit die restliche Fläche vorerst noch für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung steht. Da die Erschließung zudem noch einer Überprüfung durch dem Landkreis unterliegt, kann sie sich, insbesondere im Hinblick auf das schon angeführte Solidaritätsgebot, mit der vorgeschlagenen Änderung des Flächennutzungsplanes einverstanden erklären.

Im Anschluss hieran nimmt RH Lüdemann in seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Gemeinde Brockel ausführlich Stellung. Dabei geht er zunächst auf den vom Gemeinderat gefassten Beschluss ein, um danach hervorzuheben, dass die Ausweisung der Baulandflächen der Eigenentwicklung der Gemeinde dient. Überdies beabsichtigt die Gemeinde, das Eigentum an den Flächen zu erwerben, so dass hierdurch auch der Entstehung von Baulücken entgegen gewirkt wird.

Schließlich betont er die gute Infrastruktur in der Gemeinde und die Anzahl der Arbeitsplätze, die inzwischen geschaffen wurden. Um möglichen Arbeitnehmern einen entsprechenden

Anreiz bieten zu können, sollten entsprechende Wohnraumflächen zur Verfügung gestellt werden. Da Zuzüge in die Gemeinde Brockel letztlich auch, beispielsweise für die zukünftige Schulstruktur, die Infrastruktur usw., für die Samtgemeinde gewinnbringend wären, bittet er abschließend um positive Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der SGR, wie vom Ausschuss für Planung und Umwelt und vom Samtgemeinderat empfohlen mit 15 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden Beschluss:

- a) Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden sowie der öffentlichen Auslegung vorgetragene Anregungen werden entsprechend der vorgeschlagenen Beschlussvorschläge behandelt. Das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die Feststellung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 50 mit Begründung wird beschlossen.

**TOP 6 - Finanzausgleich zwischen der Samtgemeinde und den Mitgliedsgemeinden
2015
(Drucks.-Nr. 32/2015)**

Nach kurzer Erläuterung seitens SGBM Eberle nimmt der SGR die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

TOP 7 - Behandlung von Anfragen und Anregungen

Anfragen oder Anregungen werden nicht geäußert.

-Einwohnerfragestunde-

Fragen werden nicht gestellt.

Da somit der öffentliche Teil der Sitzung beendet ist, bittet RV Hestermann nunmehr die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer den Sitzungsraum zu verlassen.